

Ko min a ntar

„Nur“ 40 Notizenschreiber

Kürzlich wurde dem Sekretär einer Parteiorganisation die Frage gestellt wie sich im Betrieb die Arbeit mit den Notizen zum Plan entwickelt wie die Leiter Vorschläge und Hinweise der „Notizenschreiber“ aufgreifen, in ihrer Tätigkeit berücksichtigen und welche konkreten Ergebnisse vorliegen. Die Antwort lautete, daß diese Arbeit noch nicht zufriedenstellend ist, da nur 40 Werk tätige des Betriebes Notizen zum Plan schreiben.

Wenn auch die Anzahl der Notizenschreiber im Vergleich zu den mehreren tausend Werk tätigen dieses Betriebes wenig erscheinen mag, so ist das nicht das Primäre. Entscheidend ist vielmehr, daß die Parteiorganisationen sich dafür einsetzen, daß überall dort, wo es möglich und notwendig ist, „Notizen“ geschrieben werden, um alle Reserven zur Intensivierung der Produktion zu erschließen. Das bedeutet, in jedem Betrieb gründlich zu prüfen, in welchen Bereichen, Abteilungen und Kollektiven es ökonomisch zweckmäßig ist, Werk tätige als „Notizenschreiber“ zu gewinnen.

Das Kriterium in der Arbeit mit den „Notizen“ besteht darin, daß die Leiter die Vorschläge, Hinweise und Kritiken der Arbeiter ernst nehmen, sie prüfen und Veränderungen vornehmen. In vielen Betrieben arbeiten bereits die Leiter mit den Arbeitern eng zusammen, um die angesprochenen Zustände gemeinsam zu verändern, Hemmnisse und Störungen in den produktionsvorbereitenden Bereichen sowie in der Produktion zu beseitigen. Des weiteren geht es darum, Versäumnisse bei der effektiven Ausnutzung der Arbeitszeit, bei der weiteren Verbesserung der

Materialökonomie, der Qualität, der Arbeitsorganisation und -gestaltung zu überwinden.

Der Sinn der Notizen zum Plan liegt darin, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Effektivität der Produktion weiter zu erhöhen. Von diesem Gedanken ließ sich der Initiator der Notizen zum Plan, Genosse Karl-Heinz Hübner, leiten, als er begann, „Notizen“ zu schreiben. Zugleich legte er damit ein Bekenntnis zu seinem sozialistischen Staat ab. Mit den „Notizen“ stellte er sich den gewachsenen Anforderungen, um die Intensivierung mit hohem Nutzeffekt schneller durchzusetzen.

Auf dem 9. FDGB-Kongreß erklärte Genosse Hübner, ausgehend von seinen Erfahrungen, daß die Leiter dann auf der Höhe der Aufgaben des IX. Parteitages sind, wenn „sie die Plannotizen als lebendiges Beispiel unserer sozialistischen Demokratie, als Ausdruck der Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse erkennen und die ‚Notizen zum Plan‘ von ihrem Wesen und Inhalt auch als Neuerervorschlag betrachten und behandeln“.

In diesen Worten spiegeln sich die wesentlichsten Erfahrungen in der Arbeit mit den „Notizen“ wider, die wie folgt zusammengefaßt werden können: 1. Die sich aus den Notizen zum Plan ergebenden Aufgaben werden schneller realisiert, wenn sie mit zur Grundlage für die Neuererarbeit, für die WAO und für die Lösung der Maßnahmen aus dem Plan Wissenschaft und Technik gemacht werden. 2. Es geht überall dort gut voran, wo die Leiter die Notizenschreiber zu ihren Verbündeten machen und mit ihnen gemeinsam Lösungswege herausarbeiten. Dazu gehört auch die Behandlung der Plannotizen im Sinne von Eingaben. 3. Notizen zum Plan befruchten und qualifizieren vor allem den sozialistischen Wettbewerb.

Ging es Genossen Hübner anfangs nur darum, mit den „Notizen“ die hohen Ausfallzeiten zu beseitigen, so ist er heute bemüht, alle Reserven zu erschließen.

G. Kr.

Tatsachen zum Imperialismus

den Schuß eines Polizeibeamten getötet. Der Erschossene war ein unbeteiligter Zuschauer einer Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe Jugendlicher und Polizeibeamten.

18. April 1976. Um einen vorher ruchbar gewordenen Geschäftsüberfall zu verhindern, haben sich in Hamburg Polizeibeamte im Laden versteckt. Als der Überfall begann, erschossen sie neben einem der drei Gangster zwei ahnungslose Passanten auf dem Gehweg.

22. November 1975. In München kommt ein 21-jähriger durch Polizeischüsse ums Leben, weil er nach einem Verkehrsunfall flüchten wollte. Zuvor hatte jedoch die Polizei bereits drei

seiner Komplizen festgenommen, so daß seine Identifizierung kaum noch auf Schwierigkeiten gestoßen wäre.

17. September 1975: Vor dem Bochumer Schauspielhaus werden der Angestellte Gerhard Send und die Studentin Ulla Viefhaus von fünf Polizeibeamten in Zivil, zum Teil noch aus dem fahrenden Auto heraus, angeschossen. Der Grund: Die Beamten vermuteten in Send, der von einer Chorprobe kam, einen gesuchten Totschläger.

Die gesetzlichen Regelungen für den Todesschuß sollen - nach dem im Sommer 1976 von der BRD-Innenministerkonferenz verabschiedeten „Mu-

sterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes“ - künftig nicht eingeeengt, sondern noch erweitert werden. Wenn bisher die Polizisten nur auf Arme oder Beine zielen durften, soll es ihnen künftig gestattet werden, Bürger gezielt totzuschießen.

Der BRD-Strafrechtler, Prof. Gerald Grünwald, dazu: „Das neue Gesetz wirkt wie eine Ermunterung zum Schießen.“ Und die „Frankfurter Rundschau“ kommentiert am 12. Februar 1977: „Die Hemmschwelle würde bei manchem Polizisten weiter herabgesetzt, wenn die geplante Todesschuß-Regelung Gesetz würde.“

(NW)